

# Zwischen Rhetorik und Realität

## Zimbabwe 7 Jahre nach der Unabhängigkeit

*Diejenigen, die das Apartheidsystem in der südafrikanischen Republik verteidigen oder auf dessen Reformbereitschaft setzen, tun dies meist mit dem Argument, daß der Übergang der Herrschaft auf die schwarze Mehrheit das Land automatisch in den politischen und wirtschaftlichen Ruin führen würde. Daß dies nicht der Fall sein muß, zeigt der folgende Bericht bei aller Unvergleichbarkeit der Situationen die Entwicklung in Zimbabwe, wo nicht nur die weiße Minderheit in den sieben Jahren Unabhängigkeit des Landes ihr Auskommen gefunden hat, sondern auch im Lande insgesamt vergleichsweise stabile Verhältnisse herrschen.*

Seit dem 18. April 1980 ist Zimbabwe – das frühere Rhodesien – unabhängig. Gemessen an der Geschichte Schwarzafrikas ist das Land ein ‚Nachzügler‘ in der Entkolonisierung. Die weiße Minderheit Rhodesiens unter Ian Smith konnte dem Guerillakrieg der schwarzen Befreiungsbewegungen im Lande und dem internationalen Sanktionsdruck lange widerstehen. Unterstützt vom „großen Bruder“ Südafrika hatte sich das Land bereits 1965 vom kolonialen Mutterland Großbritannien losgesagt und einseitig die Unabhängigkeit erklärt. Daß dann nach langen und blutigen Auseinandersetzungen die letzte Phase der Entkolonisierung 1979/80 sehr zügig erfolgte, hat die Weltöffentlichkeit überrascht. Aus dem vormaligen „Terroristen“ Robert Mugabe – erklärter Christ und Marxist/Leninist zugleich – wurde gleichsam über Nacht ein weitsichtiger, verantwortungsvoller Staatsmann, der als erster Premier Zimbabwes die Zügel des Landes in die Hand nahm.

### Die Wirklichkeit des Landes – widerlegte Vermutungen

Auch sonst mußte manche konventionelle Weisheit revidiert werden:

- Unter der Ägide der konservativen Regierung Thatcher wurde die britische Kolonie unabhängig.
- Die sogenannte idealistische Menschenrechtspolitik unter US-Präsident Carter zeigte die ersten realen Erfolge nach dem Scheitern von Kissingers Realpolitik im südlichen Afrika.
- Die selbsternannten Experten für das südliche Afrika – die Sowjetunion und Südafrika – schätzten die Situation in Rhodesien/Zimbabwe falsch ein und setzten mit Joshua Nkomo bzw. Abel Muzerewa auf die Verlierer.
- Der Machtwechsel vollzog sich am Ende in demokratischen Wahlen, nicht in einem – vielfach prophezeiten – Blutbad.

Die Erwartungen und Prognosen über die künftige Entwicklung des jungen Staates fielen verständlicherweise sehr unterschiedlich aus:

Die einen setzten nach dem überwältigenden Wahlsieg Mugabes große Hoffnungen in den Aufbau eines sozialistischen Zimbabwe. Man erwartete eine rasche Umwandlung der kolonialen Privilegiengesellschaft in eine egalitär-demokratische Gesellschaft. Außenpolitisch wurde das Land dem östlichen Lager zugerechnet und als Verbündeter der UdSSR gewertet.

Die anderen vermuteten, daß mit einem militanten Marxisten als Premierminister an der Spitze das reiche Zimbabwe bald heruntergewirtschaftet sei, die Korruption um sich greifen und der Weltkommunismus einen weiteren Klientelstaat Moskaus im südlichen Afrika erhalten werde.

Beide Seiten hatten sich geirrt. Zimbabwe ist heute weder ein sozialistisches Musterland noch ein heruntergewirtschafteter Satellit Moskaus. Die Republik im südlichen Afrika zeigt sich heute vielmehr als ein politisch stabiles, international strikt blockfreies Land, das wirtschaftlich den Vergleich mit jedem schwarzafrikanischen Staat aufnehmen kann. Auch die lautstarken Kritiker des zimbabweischen Entwicklungsweges sind teilweise verstummt. Im Gegenteil: Allgemein werden Zimbabwe außergewöhnliche Erfolge bescheinigt. Um nur einige zu nennen:

- Der zimbabweischen Regierung ist es gelungen, den Wiederaufbau der durch den Krieg zerstörten Anlagen und Infrastruktureinrichtungen in kurzer Zeit zu vollenden.
- Das Wirtschaftswachstum, vor allem das Wachstum der Nahrungsmittelproduktion, lag in den ersten fünf Jahren der Unabhängigkeit erheblich über den Zuwachsraten vergleichbarer Nachbarstaaten.
- Erfolgreich war man auch beim Ausbau der sozialen Dienste, bei der Einführung von Mindestlöhnen, dem Ausbau des staatlichen Gesundheits- und Erziehungswesens und der Entwicklung des ländlichen Raumes.
- Schließlich gelang es, den politischen und sozialen Frieden im Land durch eine großzügige Versöhnungspolitik (reconciliation) gegenüber den weißen Rhodesiern als ehemaligen Kolonialherren zu sichern. Ihre persönliche Freiheit und ihr Eigentum blieben unangestastet.

Allerdings ist dies nur die eine Seite der Medaille. Sieben Jahre nach der Unabhängigkeit zeigen sich bei genauem Hinsehen eine Reihe von *Brüchen und Rissen*. Fehlsteuerungen und Widersprüche werden sichtbar, die zu Rückschlägen führen können. Die Probleme kommen allerdings nicht unerwartet, denn Premierminister Mugabe hat sich seit der Unabhängigkeit auf einen äußerst schwierigen Balanceakt zwischen sozialistischer Programmatik und pragmatischer Reformpolitik eingelassen.

Angetreten sind Mugabe und seine Partei, die ZANU

(PF), Zimbabwe African National Union (Patriotic Front), mit dem Ziel einer *langfristigen Umwandlung der zimbabwischen Gesellschaft nach marxistisch-leninistischen Prinzipien*. Unter der aktiven Führung der Partei, die die fortschrittlichen Interessen der Arbeiter, Bauern und Intellektuellen repräsentieren soll, will man die bestehenden Rassen- und Klassengegensätze überwinden und eine egalitär-demokratische Gesellschaft aufbauen. Eine spezifisch zimbabwische Prägung erhält dieses Konzept durch die besondere Berücksichtigung „historischer, kultureller und sozialer Erfahrungen“. Mit dieser Klausel werden einerseits afrikanische Kulturelemente, aber auch christliche Werte und Traditionen in das Sozialismuskonzept einbezogen. Andererseits rechtfertigt die Einschränkung jedoch ebenfalls die vorübergehende Anerkennung der „kapitalistischen Realität“ in Wirtschaft und Gesellschaft. Mit anderen Worten: Nach den schlechten Erfahrungen in Mosambik und Angola, wo bestehende Wirtschaftsstrukturen beim „Aufbau des Sozialismus“ zunächst zerschlagen worden sind, versucht Zimbabwe eine langsame Transformation: „Growth with Equity“. Die Erhaltung bzw. Steigerung des Produktionsniveaus soll die Voraussetzung für die Verwirklichung der sozialistischen Ziele sein. Daß sich daraus ein Widerspruch zwischen programmatischem Anspruch und gesellschaftlicher Realität ergibt, ist allenthalben sichtbar. Wie lange dieser Konflikt durchgestanden werden kann, ist schwer zu sagen.

## Wirtschaft in weißer Hand – unterbliebene Umverteilung

Zimbabwe ist bis heute durch eine in der Kolonialzeit entstandene, *extrem dualistische Wirtschaftsstruktur* gekennzeichnet. Etwa 95 % des Bruttoinlandsprodukts werden vom modernen Sektor (Bergbau, Industrie, kommerzielle Farmwirtschaft) erwirtschaftet. Nur 4–5 % entfallen auf die Subsistenzproduktion, die wiederum auf den modernen Sektor bezogen und von ihm abhängig ist. Nach wie vor werden die sogenannten modernen Wirtschaftssektoren von weißem Kapital und weißem Know-how dominiert. Die Ungleichheit in der Wirtschaftsstruktur ist bislang unverändert.

Infolge der traditionellen Rassendiskriminierung, der ungleichen Bildungschancen und der überkommenen Besitzverhältnisse bestehen nach wie vor *große Einkommensunterschiede* zwischen Weiß und Schwarz. Das durchschnittliche Jahreseinkommen der Weißen ist noch immer mindestens zehnmals so groß wie das der Schwarzen.

Besonders gravierend ist die *Ungleichheit in der Landverteilung*. Etwa die Hälfte des nutzbaren Ackerlands in Zimbabwe wird von 4800 weißen Farmern bearbeitet, die ca.  $\frac{3}{4}$  der gesamten agrarischen Produkte des Landes produzieren. Die restlichen 25 % der Agrarerzeugung kommen aus den sog. Communal Areas, den früheren Tribal Trust Lands, die den Schwarzen als Reservate zugeteilt wurden. Dort leben heute fast 800 000 schwarze

Familien, d. h. etwa 60 % der Gesamtbevölkerung. Die schon im Befreiungskampf versprochene und dann noch einmal im Dreijahresplan 1982–1985 festgeschriebene Landreform und Umsiedlung von schwarzen Farmern auf (z. T. verlassene) europäische Großfarmen konnte bislang nicht verwirklicht werden. Statt 162 000 Familien sind bis Ende 1985 nur etwa 33 000 umgesiedelt worden. Wegen der sich verschlechternden wirtschaftlich-finanziellen Situation kam die Aktion zum Stillstand. Die Erfahrung hat gelehrt, daß bei Umwandlung des Farmlandes in kollektive Genossenschaften oder Staatsfarmen die Produktivität der zuvor privat geführten Farmen so stark zurückgeht, daß dadurch die finanzielle Basis der gesamtgesellschaftlichen Transformation gefährdet wurde.

Auch im *Bergbau* und in wichtigen Industriebranchen hat bislang keine Umverteilung oder Nationalisierung stattgefunden. Allerdings sind diese Wirtschaftszweige z. T. auch nicht sehr profitträchtig. Die Produktion stagniert, neue Investitionen werden nicht getätigt. Die Zukunftsprognosen für diese Sektoren sind, angesichts des veralteten Kapitalbestandes, der Devisenengpässe und der Gewinntransferbeschränkungen, eher düster.

Insgesamt ist eine Umwandlung der ökonomischen Grundstrukturen und Besitzverhältnisse ausgeblieben. Die wirtschaftlich herrschende Gruppe im neuen Zimbabwe ist die des alten Rhodesien geblieben. Der Pragmatiker Mugabe und die ZANU-Führung haben die „goldene Gans“ bewußt nicht geschlachtet, um sich nicht selbst die materielle Basis für die Errichtung eines sozialistischen „Wohlfahrtsstaates“ zu entziehen.

## Elitebildung für alle – die neue Klassenbildung

Gleichsam als Kompensation für die ausgebliebene Umverteilung bemühte sich die Regierung, den Erwartungen der Bevölkerung zumindest beim Aufbau der sozialen Dienste gerecht zu werden. Im Ausbau des staatlichen *Gesundheits- und Erziehungswesens* sind tatsächlich *substantielle Fortschritte* erzielt worden. So wurde das diskriminierende, nach Rassen getrennte Schulwesen der Kolonialzeit aufgehoben und „Bildung für alle“ als „Bürgerrecht“ proklamiert. Der Primarschulbesuch wurde kostenfrei und für alle verpflichtend. Die Regierung ging noch weiter: Um ihre Versprechungen im Befreiungskampf wahrzumachen („We fight our war for O-levels“) wurden auch die Sekundarschulen in die Bildungsreform bis zum 11. Schuljahr (Mittlere Reife) eingeschlossen, so daß alle Primarschulabsolventen auch Sekundarschulen nach britischem Muster besuchen können (allerdings ist der Sekundarschulbesuch nicht kostenfrei). Mit anderen Worten: die nur für wenige reservierte europäische Bildung der Kolonialzeit wurde für alle geöffnet.

Die Beseitigung der Zugangsbeschränkungen führte zu einer „Flut“ von bildungswilligen Jugendlichen, die von den vorhandenen Erziehungseinrichtungen gar nicht auf-

gefangen werden konnten. Es bedurfte großer Anstrengungen, um dem sprunghaft steigenden Nachholbedarf durch mehr Schulraum, mehr Unterrichtsmaterial und vor allem mehr Lehrer gerecht zu werden. Die erbrachten Leistungen sind tatsächlich sehr bemerkenswert: Die Primarschülerzahl stieg von 820 000 (1979) auf 2,23 Mio. (1985). Im gleichen Zeitraum stieg die Zahl der Sekundarschüler von 73 000 auf knapp 500 000 an.

Allerdings wäre diese Expansion ohne die *aktive Mithilfe der christlichen Kirchen* nicht möglich gewesen. Die überwiegende Mehrheit der zimbabwischen Schulen für Schwarze wurde von Missionsgesellschaften gegründet, und noch heute befinden sich ca.  $\frac{3}{4}$  aller Schulen in privater – meist kirchlicher – Trägerschaft. Allerdings bemüht sich der Staat durch die Festlegung der Curricula, die Aufsicht der Examina und neuerdings auch durch eine Neuregelung des rechtlichen Status und der Besoldung der Lehrer (direkt über das Budget), mehr Einfluß auf die Schulen zu gewinnen.

Die großen Bildungsanstrengungen zum Abbau kolonialer Privilegien laufen allerdings Gefahr, in einer Sackgasse zu enden: Denn die von den bildungshungrigen Schülern (und vor allem von den Eltern) gehegte Hoffnung, mit dem Zugang zu europäischer Bildung gleichsam automatisch einen lukrativen Beruf im modernen Wirtschaftssektor oder in der Verwaltung zu finden, ist trügerisch. Da die Volkswirtschaft kaum wächst und nur wenige Arbeitsplätze zusätzlich geschaffen werden, finden gegenwärtig nur ca. 10 % der Schulabgänger einen ihrer Ausbildung adäquaten Beruf. In Zukunft dürfte dieser Prozentsatz eher ab- als zunehmen. Anders ausgedrückt: Das Bildungsangebot hat sich nach der Unabhängigkeit enorm vergrößert, die Nachfrage nach qualifiziert Ausgebildeten dagegen kaum. Während in der Kolonialzeit die vergleichsweise wenigen gehobenen Berufspositionen automatisch den Weißen vorbehalten blieben, sind heute Schulerfolg oder auch – in Einzelfällen – persönliche Beziehungen als Selektionskriterien an die Stelle der Rassenprivilegierung getreten. Ganz im Gegensatz zur ursprünglichen Intention der neuen Regierung droht aus der *Rassen-* eine *Klassengesellschaft* zu werden.

## Demokratischer Zentralismus – ein Mittel zur Vermeidung innenpolitischer Konflikte?

Nach dem erdrutschartigen Wahlsieg der ZANU (PF) im Februar 1980 erwarteten viele Beobachter von Mugabe eine antikoloniale und antikapitalistische Politik. In pragmatischer Weise verzichtete der Premierminister auf eine demonstrative politische Abrechnung. Aus der Einsicht, zum Besten des Landes eine multirassische Gesellschaft zu schaffen, bemühte er sich vielmehr um einen vertrauensbildenden Akt der Versöhnung, indem er eine breite Koalitionsregierung bildete, in der die rivalisierenden schwarzen Parteien ZANU (PF) und ZAPU, aber

auch zwei weiße vertreten waren. Darüber hinaus versuchte er, die drei antagonistischen und unbesiegten Armeen des Befreiungskampfes zusammenzubringen und in einer Nationalarmee zu integrieren. Berücksichtigt man das Ausmaß an Gewalt während der Befreiungskämpfe und die Schärfe des Rassenkonflikts, so ist dieser Ausöhnungsversuch nicht hoch genug einzuschätzen.

Die *Versöhnung mit den Weißen* erwies sich insgesamt als erfolgreich. Entgegen mancher Prognose kam es nicht zu Racheakten oder Rassenauseinandersetzungen. Besonders bemerkenswert ist die Tatsache, daß ein Teil der Weißen, die das Land zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit aus Furcht vor dem vermeintlichen schwarzen Chaos Hals über Kopf verließen (und großenteils nach Südafrika gingen), heute wieder nach Zimbabwe zurückkehren will.

Sehr viel schwieriger war jedoch die Versöhnung mit den schwarzen Rivalen im Lande. Auch nach der Unabhängigkeit kam es immer wieder zu blutigen Kämpfen zwischen ZANU- und ZAPU (Zimbabwe African People's Union)-Guerillas. Diese Auseinandersetzungen gingen nicht allein auf politisch-ideologische Rivalitäten zurück, sondern spiegelten vielmehr auch ethnisch-regionale Konflikte zwischen den Volksgruppen der Shona und der Ndebele wider. So kam es nach der Entdeckung von ZAPU-Waffenlagern im Matabeleland nach 1982 zur offenen Auseinandersetzung und zu zahlreichen Terroranschlägen der sog. ZAPU-Dissidenten, die von der 5. Armeebrigade (überwiegend Shonas) mit eiserner Faust bekämpft wurden. Als deutlich wurde, daß die Aktionen der 5. Brigade nicht allein gegen die Dissidenten gerichtet waren, sondern in erschreckender Weise auch die unschuldige Zivilbevölkerung des Matabelelandes eingeschlossen, war es vor allem die katholische Kirche, die gegen die Menschenrechtsverletzungen in diesem Landesteil protestierte. Nach dieser Kritik kühlten sich die bisher traditionell guten Beziehungen zwischen Kirche und Regierung deutlich ab. Jedoch war gerade die kirchliche Kommission *Justitia et Pax* wie kaum eine andere Institution im Lande legitimiert, Kritik zu üben, denn sie war es, die 1969 gegen Gewaltanwendung und Folterung der afrikanischen Bevölkerung durch die damalige rhodesische Regierung protestiert hatte. Wie damals hatte sich die Kirche auch diesmal wieder zum Anwalt der Verfolgten gemacht. Inzwischen konnten die Dissidenten-Aktionen im Matabeleland eingedämmt werden, der schwelende ethnisch-regionale Konflikt besteht jedoch weiter fort. Von den regierenden Shona wird der südwestliche Landesteil nach wie vor benachteiligt, so daß eine baldige Beseitigung des Konfliktes kaum zu erwarten ist.

Aber auch unterhalb dieser Ebene des ethnisch/regionalen Konfliktes bestehen auch innerhalb der Gruppe der Shona noch immer deutliche Gruppen- und Interessensunterschiede, die zu Auseinandersetzungen führen. Allerdings werden diese Gegensätze nur zum geringen Teil offen sichtbar, sondern vielmehr unter der Oberfläche

der Sammelbewegung ZANU (PF) ausgetragen. Da die Regierung innenpolitische Gegensätze besonders fürchtet, wurde von der Regierungspartei ZANU (PF) der *demokratische Zentralismus* als Parteiprinzip eingeführt. Die Umwandlung des Westminster-Modells in ein Einparteien-System ist ebenfalls anvisiert. Allerdings steht zu befürchten, daß mit dem Rückgriff auf derartige Herrschaftstechniken nur Symptome, nicht aber die Ursachen der Konflikte kuriert werden. Ob mit einem zentralisierten Einheitsstaat – dem bekanntlich phantasielosesten Demokratie-Modell – sozialer Frieden erreicht werden kann, muß dahingestellt bleiben.

## Die Revolution verrät ihre Kinder: Befreiungsbewegungen an der Macht

Die vorstehenden Beispiele machen im heutigen Zimbabwe das große Spannungsverhältnis zwischen Anspruch und Wirklichkeit deutlich. Allerdings erklärt sich dieser Widerspruch aus den historischen Gegebenheiten, aus denen der Staat Zimbabwe entstanden ist. Denn die *großen Erwartungen*, die im Zuge des Befreiungskampfes unter der schwarzafrikanischen Bevölkerung gewachsen sind, müssen seit 1980 von einem Staat erfüllt werden, dessen Wirtschaftsstruktur, Verwaltungsaufbau, Rechtswesen und Bildungssystem aus der Kolonialzeit stammen und innerhalb von wenigen Jahren nicht total verändert werden können. Die Regierung versucht sich dem Dilemma durch einen Kompromiß zu entziehen. Einerseits erkennt sie die ökonomische Dominanz der weißen Min-

derheit an, andererseits hat sie die Flucht nach vorn in ein sozialistisches Gesellschaftskonzept angetreten, das der nach wie vor unterprivilegierten Bevölkerungsmehrheit eine bessere Zukunft verspricht.

Dem Beobachter stellt sich die Frage, wie lange eine Regierung dem *Erwartungsdruck der Bevölkerung* standhalten kann. Unerfüllte Hoffnungen von Sekundarschulabsolventen auf sozialen Aufstieg und fortdauernde eklatante Ungleichheiten in der Einkommens- und Vermögensverteilung müssen, so scheint es, zu politischer Unruhe und Instabilität führen. Es ist unwahrscheinlich, daß ein demokratischer Zentralismus und die Einführung eines Einparteien-Systems ausreichen werden, um die wachsenden Forderungen zu kanalisieren und zu befriedigen. Die tatsächliche Entwicklung deutet eher darauf hin, daß die pragmatische Politik von Mugabe trotz sozialistischer Ideologie langfristig dazu führen könnte, aus den früheren Befreiungskämpfern eine neue Bourgeoisie zu machen, für die der „Sozialismus“ nur noch ein Lippenbekenntnis ist. Insofern ist nicht auszuschließen, daß auch in Zimbabwe eine *Staatsklasse* entsteht, die sich von den ursprünglichen Zielen des Befreiungskampfes immer weiter entfernt. Aus europäischer Sicht scheint der andauernde Widerspruch zwischen ideologischem Konzept und gesellschaftlicher Wirklichkeit langfristig nicht durchhaltbar zu sein. Aber vielleicht ist das nur europäische Sichtweise. Die Erfahrung lehrt, daß manche Länder der Dritten Welt sehr lange mit vermeintlich unbefriedigenden Kompromissen leben können.

Gerald Braun / Heribert Weiland

## Kurzinformationen

### Das Zentralkomitee verabschiedet Erklärung zur Förderung der Familie.

Auf seiner Frühjahrsvollversammlung am 15./16. Mai verabschiedete das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) eine *Erklärung „zur wirtschaftlichen Familienförderung“*. Darin werden familienpolitische Fortschritte während der letzten Jahre zwar anerkannt, zugleich aber weiterbestehende Defizite beklagt. Prophylaktisch schließt sich die Erklärung der Forderung an, die geplante Steuerreform dürfe zu keiner Verschlechterung der Einkommenssituation vor allem von Familien mit Kindern führen. Im einzelnen fordert das Papier die *Erhöhung des Kindergeldes* für das zweite Kind auf DM 120,-, für das dritte auf DM 250,- und für jedes weitere ab dem 4. auf DM 300,-. Die Altersgrenze für den Bezug von Kindergeld soll grundsätzlich auf 18 Jahre heraufgesetzt werden. Der steuerliche Kinderfreibetrag sollte in einem ersten Schritt auf mindestens DM 3672 angehoben und auch die erhöhten Aufwendungen Alleinerziehender steuerlich besser berücksich-

tigt werden. Der *Erziehungsurlaub* ist nach den Vorstellungen des ZdK auf drei Jahre auszudehnen. Die Grundforderung des ZdK: Hinter der Aufgabe der Familien, die notwendigen Hilfen zu bieten, müßten Rücksichten auf andere Interessen in der Gesellschaft zurücktreten und: die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen müßten in der Weise familienfreundlich sein, daß die Entscheidung für Heirat, Kinder, Erwerbsverzicht oder häusliche Pflege von Familienangehörigen Familien nicht schlechter stelle als eine gegenteilige Entscheidung. – Das Zentralkomitee beschäftigte sich auf der gleichen Vollversammlung auch mit *entwicklungspolitischen Fragen*. Beschlossen wurde die Durchführung eines innerkirchlichen Dialogprogramms, das im engen Kontakt mit kirchlichen Partnern in den Entwicklungsländern bisherige Erfahrungen stärker auswerten soll. In seinem „Bericht zur Lage“ ging der Präsident des Zentralkomitees, Professor *Hans Maier*, auch auf die gegenwärtige *Entwicklung in der Sowjetunion* und auf die durch die Sowjetunion forcierte Abrüstungsdiskussion ein. Maier warnte davor, in den Gorbatschowschen Bemühungen um Um-